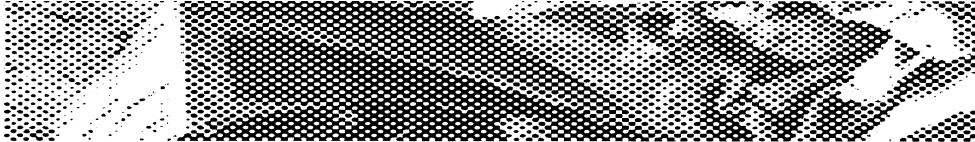


Salzkörner / Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft



6. Jg., Nr. 5, 30. Oktober 2000

Die Synagoge ist ein Gotteshaus

Abscheu und Entsetzen - das ist die Reaktion aller anständigen Menschen auf die Ausbrüche von Antisemitismus im Deutschland des Jahres 2000. Nach dem millionenfachen Mord und dem unendlichen Leid, das den Juden von Deutschen und im Namen Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus zugefügt wurde, war die allgemein herrschende Überzeugung: Dies darf nicht wieder geschehen und dies wird nicht wieder geschehen.

Die geschichtliche Erfahrung, nicht zuletzt die der letzten zehn Jahre zeigt jedoch: Die gesellschaftliche Freiheit ist zwar eine kostbare Frucht der Geschichte. Aber diese Frucht gedeiht nur auf dem Boden der Menschenwürde. Deshalb ist die Freiheit eine Chance, die auch missbraucht und vertan werden kann. Und darum muss zur Reaktion des Abscheus und des Entsetzens die zornige Entschlossenheit treten, den Anschlägen auf Synagogen und jüdische Einrichtungen sofort und mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu begegnen.

Der Rechtsstaat bedarf dafür leidenschaftlicher Unterstützung in der Öffentlichkeit. Dabei kommt den Christen eine besondere Verantwortung zu. Denn die Juden sind, wie Papst Johannes Paul II. hervorgehoben hat, unsere älteren Brüder. Angesichts der brennenden Synagogen am 9. November 1938 sprach der Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg das mutige Wort: Auch die Synagoge ist ein Gotteshaus.

Wir wissen um die christliche Schuld gegenüber den Juden. Zwar ist es wahr, dass rassistischer Antisemitismus und religiöser Antijudaismus nicht dasselbe sind. Aber: Letzterer hat dem Antisemitismus einen Weg gebahnt. Um so entschiedener gilt, auf jede Wiederkehr von Judenfeindlichkeit hart und deutlich zu reagieren. Alle katholischen Christen und ihre Verbände und Gemeinschaften sind dazu aufgerufen, für den Schutz und die Rechte unserer jüdischen Mitbürger einzutreten und überzeugende Zeichen aktiver Solidarität zu setzen.

Hans Joachim Meyer

Inhalt

Versöhnungskitsch statt Osterweiterung? Polen auf dem Weg in die euro-atlantische Völkergemeinschaft Wojciech Pięciak	2
Beteiligung schafft Gerechtigkeit Vom Wort zur Tat Eva Maria Welskop-Deffaa	4
Solidarität schafft Gerechtigkeit Plädoyer für die Armen im Zeitalter der Globalisierung Rolf-Peter Cremer	6
Warum die Ökosteuer zu erhalten ist Markus Vogt	8
Liebe schenken - Perspektiven eröffnen Kindesaussetzungen Barbara Stamm	10
Friedens-Hirtenwort der deutschen Bischöfe	11
Mut zeigen und Mut machen Ökumenischer Kirchentag 2003	11
Schritte zur Einheit	12
Erwachsenenbildung	12

Versöhnungskitsch statt Osterweiterung?

Polen auf dem Weg in die euro-atlantische Völkergemeinschaft

In Polen vermisst man eine Erweiterungspolitik der Europäischen Union und besonders Deutschlands, die von einer Idee getragen wird und nicht vom nationalstaatlichen Egoismus erbsenzählender Krämerseelen. Von Deutschland wird mehr erwartet als Erweiterungsrhetorik, die von Hinhaltepolitik bestimmt wird.

„Der lange Weg nach Westen“ – so heißt das neue Buch des deutschen Historikers Heinrich August Winkler. Winkler ist ein typisch deutscher „politischer Historiker“ und ein eher untypischer deutscher Linker, der preisgab, dass seine Vorbilder in der Gegenwart polnische Oppositionelle sind; diejenigen Menschen also, die vor 20 Jahren wagten, gegen das „Reich des Bösen“ aufzubegehren. Als linker Historiker ist Winkler auch insofern untypisch, weil er nach der Wende und der deutschen Vereinigung 1990 sein Wirken darauf richtete, dem neuen deutschen Nationalstaat eine historische Legitimation zu geben.

Für Winkler erscheint das Jahr 1990 als das endgültige Ende des berühmten und berüchtigten deutschen „Sonderwegs“. Erst 1990 ist Deutschland – die ganze deutsche Nation – in der Demokratie, im Westen angekommen. Polen hat seinen „Sonderweg“ noch nicht beendet; 1989-1990 begann er erst langsam zu Ende zu gehen.

Sich selbst aus dem roten Sumpf gezogen

Die erste Etappe der polnischen Rückkehr in die Normalität schafften die Polen (fast) selbst, die Hilfe aus dem Westen war nur eine „Hilfe zur Selbsthilfe“. Man begann, eine gesunde Wirtschaft aufzubauen. In der breiten deutschen Bevölkerung mag der Begriff „polnische Wirtschaft“ nach wie vor die alte Bedeutung bewahrt haben. Für die Ukrainer oder Russen ist die „polnische Wirtschaft“ heute ein Beispiel, dass man in Osteuropa den Wiederaufbau – und zwar nicht nur den ökonomischen, sondern auch den des Rechtsstaates – erfolgreich bewältigen kann.

Nicht zufällig wurde in der polnischen (interessierten) Öffentlichkeit 1997 das Buch eines anderen deutschen Historikers, diesmal eines eher konservativen, mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen: Arnulf Baring's „Scheitert Deutschland?“. Immerhin war Baring einer der ganz wenigen Deutschen, die die wirtschaftliche und sozialpsychologi-

sche Entwicklung nach der Wende in der ehemaligen DDR und in Polen verglichen. Baring stellte fest, dass der „Sprung in die Marktwirtschaft“ den Polen besser gelungen sei als den Ostdeutschen.

Wojciech Pięciak, Journalist und Deutschland-Experte der polnischen katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“

Baring hat Recht. Denn die Polen waren stärker auf sich selbst gestellt; sie hatten keine reichen „Brüder und Schwestern“ im Westen. Die Menschen in der früheren DDR konnten erwarten, dass ihnen geholfen wird. Und es ist ihnen geholfen worden. Aber die Art dieser Hilfe war so, dass das Prinzip der Marktwirtschaft sofort von West- auf Ostdeutschland übertragen wurde, ohne dass die Ostdeutschen vorher in die Lage versetzt wurden, selbst Teilnehmer am Markt zu werden. Das alles gab es in Polen nicht. Denn hier musste man sich sozusagen selbst aus dem „roten Sumpf“ holen. Und darauf ist man heute an der Weichsel stolz.

Der NATO-Beitritt als historisches Datum

Die zweite Etappe auf dem Weg zum Ende des polnischen Sonderwegs markiert der 12. März 1999. Ein Freund von mir ließ seine Tochter, die an diesem Tag zur Welt kam, Natalia taufen. An jenem Tag wurde eine geschichtliche Ungerechtigkeit wiedergutmacht und derjenige Krieg symbolisch beendet, der für Polen 1939 begann und 1945 in eine neue Diktatur führte. Erst am 12. März 1999 wurden die Folgen des Zweiten Weltkrieges und der Teilung Europas für Polen beseitigt. Dieser Tag gehört zu den wichtigsten in der polnischen Geschichte seit 300 Jahren – diese Meinung teilen sogar Leute, die gewöhnlich Pathos und große Worte meiden. „Wir stehen vor der größten Chance, Polens Schicksal in Strukturen der euro-atlantischen Zivilisation zu verankern“ – schrieb damals Adam Michnik, Chefredakteur der liberalen Gazeta Wyborcza.

Der NATO-Beitritt Polens hat auch eine wichtige deutsch-polnische Dimension: der nächste Verbündete Polens im Bündnis sind (natürlich neben den Amerikanern) die Deutschen. Sollte es – Gott bewahre! – irgendwann ernst werden, wird Polen die erste Unterstützung nicht aus den fernen USA, sondern aus Deutschland erhalten (zwei Divisionen, 30.000 Soldaten). Diese Tatsache wird, denke ich, in der polnischen und in der deutschen Politik etwas verkannt und nicht – auch nicht symbolisch – ausgeschöpft. Dabei schafft die Tatsache, dass polnische und deutsche Soldaten heute Verbündete sind, vielleicht einen größeren Durchbruch im Bild Deutschlands, das sich ein einfacher „Herr Kowalski“ macht, als unzählige Sonntagsreden von Politikern zum Thema Versöhnung (dafür gibt es bereits ein „geflügeltes Wort“: Versöhnungskitsch).

Die schwierigste Etappe: der EU-Beitritt

Um den polnischen Sonderweg zu beenden und gleichzeitig die restlichen Folgen des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen, bleibt aber noch die dritte Etappe übrig – diese ist, wie sich zeigt, die schwierigste: der Beitritt zur Europäischen Union. Ich begreife ihn nicht – oder: nicht in erster Linie – als einen Beitritt zu einer rein wirtschaftlichen Struktur. Denn mit oder ohne EU-Beitritt muss Polen die wirtschaftlichen Reformen nach wie vor fortsetzen, und zwar schnell; nicht wegen "Brüssel", sondern wegen der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man heute überstehen und konkurrenzfähig bleiben will, muss man modernisieren. Dieser Druck in Richtung Modernisierung ist auch in der EU spürbar.

Wenn Polen EU-Mitglied ist, wird dieser Druck allerdings noch größer sein. Dennoch handelt es sich hier vor allem um einen Beitritt zu einem zivilisatorisch-politischen Raum. Diese historische Dimension der EU-Erweiterung nach Osten scheint aber heute eher etwas vergessen zu werden. Was zählt, sind Verhandlungen, in denen es um Einzelheiten geht: die "Kapitel", die "abgearbeitet" werden sollen; Kontingente für Agrarprodukte; die Frage des Haushalts usw. Natürlich ist das alles wichtig, genauso wie die notwendige EU-Reform, die ursprünglich in Nizza beschlossen werden sollte. Das dieses ehrgeizige Nizza-Projekt scheitert, gilt heute so gut wie sicher. Ein Datum für den Beginn der Erweiterung ist nicht in Sicht. So gar das Jahr 2005 – also 16 Jahre nach dem Mauerfall – gilt als unsicher.

Osterweiterung der EU mittlerweile ein heikles Thema

Die Zeit drängt aber. Es scheint, dass es so gut wie nichts gibt, was auf die westliche (und auf die deutsche) Politik Druck ausüben könnte, den Erweiterungsprozess endlich ernsthaft anzugehen. Die großen Ideen des "Hauses Europa" sind vergessen. Man versucht unter der rot-grünen Fahne die „deutschen Interessen“ etwas "realistischer" zu verteidigen. Aber ohne Ideen geht nichts! Denn aus rein "realistischer" – sprich: wirtschaftlicher – Sicht gesehen, braucht Deutschland die EU-Erweiterung nicht mehr. Warum also erweitern? Um sich eine "Welle" von "billigen Polen" ins Haus zu holen?

Freilich, die EU-Erweiterung ist heute in den EU-Ländern – auch in Deutschland – kein Thema, mit dem man Wahlkampf führen könnte. Wie es scheint, versuchen sogar deutsche Politiker – sowohl der Koalition, als auch der Opposition – dieses heikle Thema so weit hinauszuschieben, wie es nur geht, zumindest bis hinter die Bundestagswahlen 2002. Die Erweiterung der Europäischen Union scheint in der deutschen (und in der österreichischen) Gesellschaft ein Gespenst zu sein, das vor allem mit einem Gedanken

verbunden wird: der "Überflutung" aus dem "Osten".

Man erinnere sich: Eine zum Teil vergleichbare Stimmung gab es schon einmal. Das war im Frühjahr 1991, als Deutschland die Visapflicht für Polen aufhob und auf dem linken Ufer von Oder und Neisse die Furcht grassierte, dass "die Polen kommen" und "uns den Job wegnehmen".

Versäumnisse, die verschleiert werden

Die Furcht erwies sich als unbegründet, "die Polen" kamen nicht. Oder doch? Aber nur um solche Arbeit zu verrichten, die Deutsche nicht verrichten wollen. Die Anzeigen "Gesucht" in der lokalen Presse in Oberschlesien, wo die deutsche Minderheit in Polen zuhause ist, sind voll von Inseraten deutscher Arbeitgeber. Gesucht werden gute Handwerker – Fliesenleger, Elektriker, Bauarbeiter, Anstreicher, Tischler –, wobei der deutsche Pass eine Voraussetzung ist (die doppelte Staatsbürgerschaft ist in Schlesien gang und gäbe; obwohl in beiden Ländern verboten, wird sie von Behörden geduldet). Wer soll also noch zusätzlich nach Deutschland zur Arbeit kommen, der jetzt nicht schon da ist?

Problematisch ist nicht die negative Einstellung zur EU-Erweiterung, sondern die traurige Tatsache, dass die deutsche Politik bisher so gut wie nichts dagegen tat. Stattdessen versuchen manche Politiker – leider auch aus der in die Opposition geratenen CDU/CSU – diese Stimmung politisch zu instrumentalisieren. Oder sie leisten sich solche Ausrutscher wie der deutsche EU-Kommissar Verheugen, der – seinen eigenen Job als "Drecksarbeit" bezeichnend – ein Referendum über die Erweiterung ins Gespräch brachte.

Das "Volk" nach seiner Meinung zu befragen, ist an sich nichts Schlimmes. Schlimm wird es, wenn man Volksbefragungen instrumentalisiert, um z.B. eigene Versäumnisse zu verdecken. Die Deutschen wurden vor 50 Jahren auch nicht gefragt, ob sie die sogenannte "Wiederbewaffnung" wollten (wenn es damals ein Referendum gegeben hätte, wäre die Bundeswehr wohl nie entstanden). Und hätten 1990 polnische (französische, englische usw.) Politiker die Forderung gestellt, dass die Polen (Franzosen, Engländer usw.) darüber abstimmen müssten, ob die beiden deutschen Staaten vereinigt werden dürften, dann hätte es den 3. Oktober wohl nicht gegeben.

Mit Heinrich August Winkler gesprochen, haben die Deutschen 1990 ihren "Sonderweg" beendet und sind endgültig im Westen angekommen. Und um dieses Ankommen handelt es sich auch, wenn Polen auf die Aufnahme in die Europäische Union drängt: Um das endgültige Ende des polnischen "Sonderwegs".

Beteiligung schafft Gerechtigkeit

Vom Wort zur Tat

Das "Gemeinsame Wort der Kirchen für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" (Frühjahr 1997) konnte und will gesellschaftliche Prozesse einleiten, die ohne die Stimme des Zwischenrufers Kirche nicht beginnen oder in eingefahrenen Bahnen politischer Rituale versickern würden. Die Initiative "Beteiligung schafft Gerechtigkeit" setzt die Bemühungen fort.

Die Initiative "Beteiligung schafft Gerechtigkeit", am 25. Oktober 2000 in Dresden feierlich eröffnet, knüpft an die Vorerfahrungen des Konsultationsprozesses und an die Umsetzungsanstrengungen in der Nachfolge des Gemeinsamen Wortes an. Ihr Ziel ist es, drei Jahre nach Veröffentlichung des Gemeinsamen Wortes "die vielen durch das Wort angestoßenen Initiativen und Überlegungen zu bündeln und zu vertiefen", wie es die von einer kleinen Steuerungsgruppe vorbereitete Projektskizze einleitend formuliert.

In gemeinsamer Trägerschaft von Bischofskonferenz, Zentralkomitee der deutschen Katholiken und zehn katholischen Verbänden für einen Zeitraum von zwei Jahren geplant, versucht die Initiative, die Anliegen des Konsultationsprozesses wieder aufzunehmen und umzusetzen. Sie macht ernst mit der Selbstverpflichtung des Sozialwortes "Teil eines weitergehenden öffentlichen Gesprächs" zu sein. Denn mit dem innerkirchlichen Dialog, mit dem Miteinander von Kirche und Welt, mit dem diakonischen Christentum ist es - um Madeleine Delbrel vielzitiertes Bild von der Fahrradspiritualität zu bemühen - wie mit jenem Fahrrad, das sich nur aufrecht hält, wenn es fährt. "Sobald wir uns hinsetzen, es zu betrachten, kippt es und entgleitet uns. Wir können uns nur aufrecht halten, wenn wir weitergehen."

Arbeitsplätze, Soziale Sicherung und Bildung

Inhaltlich soll die Nachfolge-Initiative die Fragen von Beteiligung und Gerechtigkeit, von Zugang und Teilhabe, von Solidarität und Nachhaltigkeit stellen; Fragen, die unter einem stärker europäischen und

Eva Maria Welskop-Deffaa, Referentin für wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen im Generalsekretariat des ZdK

internationalen Vorzeichen als vor fünf Jahren neue Brisanz gewonnen haben. Die Initiative startet mit drei Arbeitsgruppen. "Zukunft der Arbeit", "Zukunft der sozialen Sicherung" und "Zukunft von Bildung und Qualifizierung" sind die drei Reformbereiche, in denen sich ohne Zweifel die Frage nach den Teilhabechancen als Frage von besonderer Tragweite für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit erweist.

Wenn und solange der Arbeitsmarkt Familie als Mobilitätshemmnis nachteilig bewertet und die Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Beteiligungsrisiko wird, solange werden wir nachhaltiges Wirtschaften verunmöglichen und Familiengerechtigkeit nicht erreichen. Wenn und solange Scheinselbständige oder Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiographien, insbesondere auch Mütter, in unser System der Altersversicherung nicht angemessen einbezogen sind, bleibt Renten ein Reformfeld unter dem Gesichtspunkt von Teilhabe und Gerechtigkeit. Und last not least beinträchtigt es die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, wenn es nicht gelingt, gerechte Bildungschancen zu schaffen.

Experiment gemeinsamer Trägerschaft

Mit der Initiative "Beteiligung schafft Gerechtigkeit" starten ihre Träger ein Experiment - wie auch die Eröffnung des Konsultationsprozesses mit der Veröffentlichung der Diskussionsgrundlage im November 1994 ein Experiment war. Ging es 1994 darum, erstmals an Stelle eines bischöflichen Hirtenwortes zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen eine ökumenische Erklärung der evangelischen und katholischen Bischöfe zu erarbeiten, die sich auf die breite Kompetenz der Christen und ihre Einbeziehung in einen Beratungsprozess stützen sollte, so geht es heute darum in gemeinsamer Trägerschaft von Bischöfen und Laien einen Nachfolgeprozess zum Sozialwort zu beginnen, der offene Fragen von 1997 noch einmal aufnimmt, der der Umsetzung von Vorschlägen Nachdruck verleiht und der die europäischen und internationalen Aspekte stärker einbezieht, als dies beim Konsultationsprozess möglich war.

Es handelt sich bei der Initiative um ein Experiment, auf das sich alle Beteiligten einlassen aus der klaren Einsicht heraus, dass das Eintreten der Christen für

eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ohne den Mut zu Experimenten nicht gelingen kann. Wer Beteiligung fordert, muss selbst beteiligen, muss sich selbst beteiligen, auch und gerade wenn es sich als schwierig erweist, die Strukturen der Partizipation erst noch schaffen zu müssen.

ZdK bietet seine Dialogstrukturen an

Mit der Eröffnung in Dresden steht die Initiative am Anfang eines Prozesses, in dem die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen aus dem Blick der katholischen Soziallehre und aus der Praxis der katholischen Sozial- und Verbandsarbeit "in Angriff genommen werden sollen". Dabei ist den Verantwortlichen bewusst, dass die Initiative nicht ein neuer Konsultationsprozess sein kann, der bis in jeden Winkel reichen könnte. Aber es geht auch nicht lediglich um die Einsetzung dreier Expertenkommissionen, die drei fundierte Memoranden erarbeiten.

Die Initiative soll so viel gesellschaftliche Kreativität wie möglich einbeziehen, soll soziale Phantasie wecken und kanalisieren, die im Katholizismus, im Kleirus und bei den Laien, vorhanden ist. Die Initiative muss also über die Arbeitsgruppensitzungen hinausreichen und eine eigene Dynamik in den Diözesen und Verbänden auslösen.

Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK, hat dazu die Unterstützung des Zentralkomitees ausdrücklich zugesagt: "Für den Erfolg der Initiative wird es entscheidend sein, dass ähnlich wie beim Konsultationsprozess alle Beteiligten mit ihren Anliegen wirklich ernst genommen werden. Das ZdK ist bereit, seine gewachsenen Dialogstrukturen in den Dienst aller Anstrengungen zu stellen, die zukunftsfähige Antworten in den Reformbereichen Arbeit, Soziale Sicherung und Bildung versprechen. Es betrachtet die Initiative als Chance und Verpflichtung. Seine besondere Aufgabe sieht das ZdK in diesem Zusammenhang darin, Partizipation möglichst vieler und größtmögliche Transparenz des Verfahrens zu fördern."

Fruchtbare Gespräche übers Konkrete

Die jüngere Generation von Christen, die in diesen Jahren Verantwortung übernimmt in katholischer und evangelischer Kirche, ist geprägt durch die ökumenischen Anstrengungen auf dem Weg zum Gemeinsamen Wort 1994 bis 1997. In der katholischen Kirche findet ein Stabwechsel statt von der Generation derer, die miteinander den spannenden Dialogprozess der Würzburger Synode gestaltet,

moderiert und durchgestanden haben zur Generation derer, die sich im Rahmen des Konsultationsprozesses der Kirchen schätzen gelernt haben.

Klaus Hemmerle, der damalige Geistliche Direktor des ZdK, erläuterte bei der ersten Konferenz der Leiter der diözesanen Synodalbüros, vor beinahe genau 30 Jahren die Absicht und Struktur der Synode mit Hinweisen, die auch heute für die gemeinsame Initiative Leitmaxime sein könnten: "Das Gespräch aller mit allen innerhalb der Synode und um die Synode herum ist am wenigsten von einem Sich-Festfahren in ideologischen Allgemeinheiten und bloßen Richtungsgegensätzen bedroht, wenn man über konkrete Dinge miteinander spricht. Hier können alle sich ernst nehmen und annehmen, hier kommen sie in jene Partnerschaft zueinander, die auch ihre unterschiedlichen theologischen Meinungen zum fruchtbaren Gespräch übers Konkrete führt."

In diesem Sinne sei so Hemmerle der Themenkatalog, den die Studiengruppe erarbeitet hatte, ein Leitfaden über die Thematik der Synode, der in das Gespräch hineinführe. Was vorliege, sei gewiss nicht der endgültige Themenkatalog, sondern letztlich gehe es darum sich zusammzusetzen und zu fragen "Wo drückt der Schuh? ... Welche Schritte müsste die Kirche ... hier im Land setzen, damit sie der Situation der Vielen gerecht wird?"

Partnerschaftlich einen Prozess gestalten

Der Situation der Vielen gerecht werden - das ist zentrales Anliegen der Initiative "Beteiligung schafft Gerechtigkeit". Viele beteiligen, damit Gerechtigkeit über den engen Kreis der Teilhaber hinaus möglich wird - das ist Ziel des Nachfolgeprozesses. Wer sich in diesem Prozess wie beteiligen wird, ist noch nicht abzusehen. Dass er brennenden Fragen der gerechten Teilhabe nicht ausweichen wird, ist seine eindeutige Option.

Bischof Homeyer, Motor der Initiative "Beteiligung schafft Gerechtigkeit", verbindet in seiner Person die Erfahrungen der Synode und des Konsultationsprozesses. Er war es, der nun auf die Verbände und das ZdK zugegangen ist und sie zur Mitträgerschaft eingeladen hat. Sie sind seiner Einladung gefolgt. Gemeinsam geht es jetzt darum, partnerschaftlich einen Prozess zu gestalten - "Beteiligung schafft Gerechtigkeit". Die Initiative selbst setzt den Maßstab.

Eva Maria Welskop-Deffaa

Solidarität schafft Gerechtigkeit

Plädoyer für die Armen im Zeitalter der Globalisierung

Bei der Einforderung von Solidarität mit den Armen in der Welt steht der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) ganz vorne. Dabei leiten ihn seine Überzeugungen zu weltweiter Gerechtigkeit, die die Reichen nachdrücklich auf ihre Verantwortung hinweist.

Das UN-Leitziel, die weltweite Zahl der Armen bis zum Jahr 2015 zu halbieren, wird Utopie bleiben, wenn angesichts von 1,3 Milliarden Menschen, die derzeit weltweit in absoluter Armut leben, weiterhin so halbherzige Schritte unternommen werden wie die unzureichende Entschuldung der ärmsten Länder oder das Einfrieren der Entwicklungshilfe auf niedrigstem Niveau.

Der Skandal der Spaltung

Zu Beginn dieses Jahres und des dritten Jahrtausends hat der BDKJ-Bundesvorstand eine Denkschrift zur weltweit wachsenden Kluft zwischen Armen und Reichen mit dem Titel „Solidarität schafft Gerechtigkeit“ herausgegeben. Das Zeitalter rasanter Globalisierung bringt nicht nur eine zunehmende Interaktionsdichte des Welthandels und eine permanente informationstechnologische Revolution. In dieser neuen Ära erleben wir auch eine Neuverteilung von Privilegien und Entrechtungen, von Reichtum und Armut, von Freiheit und Unfreiheit. Der Skandal der weltweit wachsenden Kluft zwischen Armen und Reichen ist dabei weder neu noch eine zeitweilige Störung, die heute oder morgen verschwindet. Diese Spaltung wird wie nie zuvor unzweideutig als Spaltung erlebt, die unüberwindbar erscheint.

Mit der Globalisierung eng verbunden ist ein Prozess der Ausbreitung westlicher Lebensmodelle. Dabei zeigt sich immer mehr, dass das westliche Wohlstandsmodell, das durch seine gegenwärtigen Marktpreise die ökologischen Kosten von Produktion, Handel und Konsum nicht hinreichend zum Ausdruck bringt, an seine Grenzen stößt. Es bedroht die Stabilität der weltweiten Ökosysteme und gefährdet damit langfristig das menschliche Überleben. Das westliche Wohlstandsmodell verengt bereits heute die Entwicklungsspielräume der Menschen in der Dritten Welt und beeinflusst damit eine weitere Herausforderung der Weltgesellschaft. Diese wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen ist in der Dritten Welt besonders eklatant. Hauptleidtragende

Rolf-Peter Cremer, BDKJ-Bundespräsident, im BDKJ-Bundesvorstand für Entwicklungspolitik zuständig, Mitglied im ZdK und der Deutschen Kommission Justitia et Pax

von Verelendung, Unterdrückung, Krieg und Vertreibung sind Frauen und vor allem Kinder.

Es geht um das Wollen

Es deutet gegenwärtig jedoch nicht viel darauf hin, dass dem anerkannten und vielfach beschworenen Handlungsbedarf entsprechende Taten folgen. Es gibt keine unüberwindbaren Hürden zur Überwindung von Armut, seien sie endogen oder exogen, natur- oder kulturbedingt, objektiv oder subjektiv. Noch nie hat die Menschheit über so viel technische und finanzielle Ressourcen verfügt, mit Armut fertig zu werden. Es geht nicht um das Können, sondern um das Wollen. Die Bekämpfung der Armut ist jedoch nicht allein die Aufgabe der Politiker. Es bedarf des Engagements aller in unserer Gesellschaft. Hierzu gehören die Bereitschaft zum Teilen ebenso wie die Entwicklung eines einfacheren, genügsameren Lebensstils, der vom heutigen Verschwendungswohlstand hinführt zu einer Neuentdeckung von Lebensqualität im Sinne der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ von Misereor und dem BUND.

In biblischen Zusammenhängen werden Armut und Reichtum nicht als unverbundene gesellschaftliche Realitäten dargestellt, sondern sind unlösbar aufeinander bezogen. Krasser Reichtum und aufreizender Überfluss sind ebenso wie absolute Armut die Folge von Ungerechtigkeit, das heißt einer gestörten Gemeinschaftsbeziehung. In den Augen Gottes ist absolute Armut ein Skandal, die zum kritischen Maßstab für verantwortbaren Reichtum wird. Reichtum wird in dem Maße zu einem ethischen Problem, wie es innerhalb der Gemeinschaft große Armut gibt.

Aus der Gesamtanalyse ergeben sich für mich Denkanstöße für solidarisches Handeln:

Denkanstoß 1: Solidarität will gelernt sein

Eine der zentralen politischen Antworten auf Globalisierung lautet: Auf- und Ausbau der Bildungs- und Wissensgesellschaft. Mit diesem Stichwort wird nicht nur „Flexibilität“, oder „lebenslanges Lernen“, sondern werden auch Sozialkompetenz, Team- und Konfliktfähigkeit, Kulturverständnis, vernetztes Denken und Umgang mit Unsicherheiten verbunden.

Auch das Soziale will in einer komplizierter gewordenen Wissens- und Lerngesellschaft gelernt und gelehrt sein. Dies bedeutet, dass die Wissensabhängigkeit des Sozialen ernst genommen wird, dass zum Beispiel Fragen des Zusammenlebens, des Umgangs mit Fremdheit nicht nur eine emotionale Dimension

haben und deshalb Nachdenken, Reflexion und Orientierungswissen erfordern.

Bezogen auf die Zielgruppe von Jugendlichen muss registriert werden, dass Fragen internationaler Gerechtigkeit nur begrenzt auf Resonanz stoßen. Dies belegt zum Beispiel die Shell-Studie 1997, bei der Jugendliche unter 15 zentralen Problemfeldern den Nord-Süd-Konflikt an die letzte Stelle der besonderen Herausforderungen für sich oder die Gesellschaft setzten. Orientierungswissen ist in unserer komplexen Weltgesellschaft zwar wichtig, aber zu viel theoretischer Ballast behindert oft kreatives, punktuelles Handeln. Die Erfahrung „Ich kann etwas tun“ ist wichtiger als „Ich weiß etwas“.

Lernen für weltweite Solidarität mit Jugendlichen bedeutet, einen antizipatorischen Ansatz zu wählen. Dies meint die Fähigkeit, sich mit der Zukunft auseinander zu setzen und innovative Problemlösungen zu finden. Es geht daher vor allem darum, das Denken in Alternativen an die Stelle von Gewissheiten zu setzen und auf eine offene Zukunft hin zu orientieren, die Fehler leicht korrigieren lässt. Es ist dringend erforderlich, dass die entwicklungspolitische Bildung und der Diskurs über das globale Lernen aus der Nische der Entwicklungsszene heraustreten. Für die Verankerung globaler Perspektiven im Bildungsbereich braucht es Verbündete in der Bildungspolitik, der Erziehungswissenschaft, in der Schul- und Hochschulpraxis sowie in der außerschulischen Jugendarbeit und Erwachsenenbildung.

Denkanstoß 2: Solidarität braucht eine starke Bewegung

Es gibt eine Reihe empirischer Untersuchungen, die belegen, dass die Unterstützung der Bevölkerung für Entwicklungs- und Solidaritätsarbeit erheblich größer ist, als landläufig angenommen wird. Die Menschen in unserer Gesellschaft würden noch ein deutlich stärkeres Engagement zu Gunsten der Armen mittragen unter der Voraussetzung, dass es ihnen glaubwürdig erscheint, dass damit wirklich den Armen geholfen wird. So wichtig Lobbyarbeit, das Gespräch mit Politikern ist, entscheidend sind aus der vorrangigen Option für die Armen die Kommunikation mit den Selbsthilfebewegungen der Armen in den Ländern der Dritten Welt. Ihre Interessen sind stets neu zu erkunden und hierzulande reflektiert zu vertreten. Im Kontext einer „Lerngemeinschaft Weltkirche“ ergeben sich für die christlichen Kirchen vielfältige Möglichkeiten des Informationsaustausches und der Kooperation.

Doch dabei bedienen zu häufig entwicklungspolitische Aktionen und Kampagnen das Getto der Fachleute, Insider und Engagierten. Verstärkt sollte zum Beispiel im ökumenischen Kontext auf den unterschiedlichen kirchlichen Ebenen nach Möglichkeiten

gesucht werden, gezielt befristete Kooperationen zu suchen.

Entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisationen nutzen noch zu wenig die Massenmedien für einen lebendigen, bewusst auch unterhaltsamen Umgang mit Fragen weltweiter Gerechtigkeit. Die entwicklungspolitische Solidaritätsarbeit muss die Zugänge zu Medienereignissen finden. Nicht in erster Linie die realen Ereignisse selbst, sondern die Inszenierungen und die Meinungen über die Wirklichkeit, die von den Medien vermittelt werden, schaffen weit hin die Agenda der öffentlichen Meinung. So bleibt auch die Herausforderung, dass zum Beispiel kirchliche Stellen nur wenig über Dritte-Welt-Gruppen in ihren regionalen Bezügen wissen und kaum Dienstleistungen anbieten. Für eine gezielte Basisförderung zur Schaffung neuer und zur Vernetzung bestehender Gruppen ist die besondere Unterstützung und Beratung von lokalen Gruppen eine zentrale Aufgabe.

Denkanstoß 3: Solidarität setzt dem Reichtum Grenzen

Solidarität in der vorrangigen Option für die Armen nimmt nicht nur die Schattenseiten individueller Existenz, sondern gerade auch den Kontext des gesellschaftlichen Lebens, die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen in den Blick. Solidarität mit den Armen bedeutet daher auch, Stellung zu beziehen gegen Kräfte, die die Ursachen von Armut nicht beseitigen wollen, sondern sogar fördern. Wer sich im solidarischem Engagement für weltweite Gerechtigkeit einsetzt, wird immer wieder konkrete einzelnen Menschen oder Interessengruppen, wirtschaftliche Unternehmen und Politiker als ein Gegenüber, als Gegner erleben, die sich der Veränderung widersetzen. Solidarität erfordert deshalb ein Konfliktbewusstsein, eine Konfliktstrategie, die davon ausgeht, dass die Option für die Armen Auseinandersetzungen und das Benennen eines Gegenübers bedeutet.

Angesichts der großen Spaltung zwischen Armen und Reichen ist Reichtum ein solches zentrales Gegenüber. Wenn Reichtum kritisch betrachtet wird, dann geht es nicht darum, Reichtum prinzipiell oder reiche Menschen zu dämonisieren, moralische Verdammungsurteile auszusprechen oder Neid zu schüren. Es geht darum, die aus christlicher Perspektive beschriebene Wiederherstellung gestörter Gemeinschaftsbeziehungen einzufordern.

Auf die zentrale Frage, wie die Spaltung zwischen Armen und Reichen überwunden und soziale Gerechtigkeit im globalen Kontext ermöglicht werden kann, hat niemand eine umfassende Antwort. Aus dem Blickwinkel der jungen Generation kann uns gerade in diesem Symboljahr der Zukunftsperspektive ins neue Jahrtausend dieser Skandal nicht ruhig lassen.

Warum die Ökosteuer zu erhalten ist

Verhaltensänderungen über Steuern herbeiführen

Die drastische Erhöhung der Ölpreise in den vergangenen Monaten gilt als dritter „Ölschock“ nach 1973 und 1979. Er trifft die Lebensader der Industriegesellschaft. Denn die künstliche Verknappung des Öls führt zu einer empfindlichen Erhöhung der Produktions-, Mobilitäts- und Heizkosten. Sie fördert die Inflation und dämpft das Wirtschaftswachstum. Zugleich belohnt sie einen effizienten und sparsamen Umgang mit Erdöl.

Die Erhöhung der Energiepreise hat drei Ursachen: (1) Das neue Kartell der Opec mit ihrer im März 1999 in Wien getroffenen Vereinbarung, die Ölfördermengen zu reduzieren, was aufgrund der boomenden Weltwirtschaft zu einem Unterangebot von knapp zwei Prozent geführt hat, worauf der nervöse Erdölmarkt mit rapiden Preiserhöhungen von 10 US\$ pro Barrel im Januar 1999 auf gegenwärtig über 30 US\$ reagierte. (2) Die anhaltende Schwäche des Euro gegenüber dem Dollar, in dem Erdöl auf den Weltmärkten gehandelt wird. Seit Frühjahr 1999 hat der Euro etwa ein Viertel seines Wertes verloren. (3) Die Ökosteuer.

Obwohl die Ökosteuer quantitativ der weitaus geringste Faktor ist, steht sie im Mittelpunkt einer neuen leidenschaftlichen Diskussion um die Zukunft der Energieversorgung und den Stellenwert des Umweltschutzes. Sie umfaßt eine jährliche Erhöhung der Benzinpreise um 6 Pf pro Liter in fünf Stufen von 1999 bis 2003, eine einmalige Erhöhung der Heizölsteuer um 4 Pf pro Liter (seit April 1999) sowie Zusatzregelungen für andere Energieträger und zahlreiche Ausnahmen (z.B. weitgehende Befreiung der produzierenden Industrie). Im Gegenzug wurden die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung um bisher ein Prozent gesenkt, wodurch ein Teil der Privathaushalte zu Nettogewinnern der ökologischen Steuerreform wird.

Die bereits Anfang der 80er Jahre von dem Schweizer Ökonom Hans Binswanger formulierte Grundidee einer ökologischen Lenkungssteuer ist einfach: Energie soll verteuert werden, damit ihre negativen Umweltauswirkungen nicht länger ausgeblendet bleiben und „wahre Preise“ Anreize zum Energiesparen

Prof. Dr. Markus Vogt, Leiter der Clearingstelle Kirche & Umwelt, Benediktbeuern

bieten. Das eingenommene Geld soll über eine Entlastung der Lohnnebenkosten aufkommensneutral an die Arbeitnehmer und Unternehmen zurückgegeben werden und beschäftigungsfördernd wirken.

Die Lenkungsfunktion der Ökosteuer

Zur Einführung einer solchen Lenkungssteuer haben sich die Kirchen im Gemeinsamen Wort sowie in der Schrift „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“ positiv geäußert: „Weiterhin ist es erforderlich, die wirtschaftliche Strukturanpassung des Steuersystems für ökologische Ziele zu nutzen, wie dies in der Steuerdebatte in den Gremien der Europäischen Union gegenwärtig gefordert wird. [...] durch eine umweltgerechte Finanzreform (Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, Energie- und CO₂-Steuern zugunsten einer Entlastung der Lohnnebenkosten)...“ (DBK/EKD, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Bonn/Hannover 1998, Nr. 227; vgl. auch Kommission VI der DBK, Handeln für die Zukunft der Schöpfung, Bonn 1998, Nr. 113).

Die Leitidee der Ökosteuer ist bestechend, ihre konkrete Durchführung bisher jedoch höchst umstritten. Besonders pointiert hat sich Edmund Stoiber beim 50jährigen Jubiläum des Deutschen Naturschutzrings am 7. Oktober in München geäußert: „Die Ökosteuer ist ökologisch kontraproduktiv, sozial ungerecht und wirtschaftlich schädlich.“ Ökologisch kontraproduktiv sei die Befreiung der nicht verstromten Kohle von der Ökosteuer, die trotz ihres im Vergleich zu Erdgas dreifach höheren CO₂-Ausstosses einen Wettbewerbsvorteil erhält. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und dem verfassungsrechtlich garantierten Gleichheitsgrundsatz stellt sich angesichts der Tatsache, dass manche Wirtschaftszweige und Bevölkerungsgruppen stärker betroffen sind (z.B. Familien mit großem Wohnraumbedarf) sowie Sozialhilfeempfänger, Studenten und alle, die nicht von Entlastung bei den Rentenversicherungsbeiträgen profitieren. Wirtschaftlich negative Wirkungen hat die Ökosteuer beispielsweise für das LKW-Gewerbe aufgrund mangelnder internationaler Harmonisierung sowie einige mittelständische und kleinere Betriebe, die viel Energie benötigen und nicht in den Genuß der Ermäßigung kommen.

Die Kritik an der ökologischen Steuerreform beruht auf starken Argumenten. Zugleich trägt die von der Bildzeitung angeführte Kampagne gegen die Ökosteuer den Charakter einer Demonstration für das vermeintliche Recht auf einen Wohlstand ohne ökologische Rücksichten. Der Benzinpreis findet weit mehr Aufmerksamkeit als die Meldungen über sich abzeichnende Klimaveränderungen (globale Erwärmung, Zunahme von Sturmfluten sowie von Dürren,

Abschmelzen des Nordpoleises vor wenigen Wochen).

Fünf Gründe für die Ökosteuer

Weil der Geldbeutel offenbar das intensivste „Wahrnehmungsorgan“ der Deutschen ist, lohnt es sich, um die Ökosteuer zu streiten. Es geht exemplarisch um den Test, was uns die Umwelt wert ist und wie die Integration von ökologischen, ökonomischen und sozialpolitischen Zielen gelingen kann. Fünf zentrale Gründe sprechen dafür, die Ökosteuer nicht abzuschaffen, sondern beizubehalten und weiterzuentwickeln:

1. Klimaschutz. Die Ökosteuer ist eines der wenigen wirksamen Instrumente zur Verringerung des Benzinverbrauchs. Eine Trendwende im Verkehrssektor, dessen Zuwachsraten im Widerspruch zu den CO₂-Minderungszielen stehen, ist eine notwendige Voraussetzung zur Erreichung der Klimaschutzziele. Diese sind zentraler Bestandteil einer verantwortlichen Vorsorge für humane Lebensbedingungen für uns selbst, unsere Kinder sowie für zahllose Menschen in den südlichen Ländern der Erde.

2. Ökologische Lenkungswirkung. Die weitgehende Befreiung der Kohle von der Ökosteuer sowie zahlreiche andere Inkonsequenzen schmälern die ökologische Lenkungswirkung, sind aber weit davon entfernt, sie insgesamt aufzuheben. In einer Studie von 1996 hat die Europäische Umweltagentur Erfahrungen mit 16 ökologischen Lenkungsabgaben ausgewertet und kommt in der Gesamtwertung zu positiven Ergebnissen hinsichtlich ihrer Bilanz von ökologischer Entlastungswirkung und finanziellem Aufwand. Nicht zuletzt kann die Ökosteuer ein wichtiger Faktor der Bewusstseinsbildung sein. In künftigen Reformen sollte ihre Lenkungswirkung dadurch erhöht und den Bürgern verdeutlicht werden, dass die Einnahmen unmittelbar für ökologische Investitionen genutzt werden.

3. Volkswirtschaftlich-politischer Handlungsbedarf. Da die Weltmarktpreise für Erdöl seit den 70er Jahren wesentlich politisch bestimmt und sprunghaft sind, führen sie auf der betriebswirtschaftlichen Ebene nicht zu Anpassungen an die übergeordneten volkswirtschaftlichen und umweltpolitischen Ziele. Um langfristige Versorgungssicherheit unter ökologisch tragfähigen Bedingungen sicherzustellen und einseitige Abhängigkeiten von politisch instabilen Ländern zu vermeiden, sind spezifische politische Rahmenvorgaben notwendig. Die Ökosteuer fördert Planungssicherheit für betriebswirtschaftliche Investitionen in regenerative und effiziente Energietechnik. Angesichts der Gefahr militärischer Konflikte um die knapper werdenden beziehungsweise nur unter steigenden ökologischen Kosten zugänglichen Ölreserven (die Weltkonferenz der Energieproduzenten schätzt ihre Reichweite auf 44 Jahre) ist jeder

Schritt zu weniger Abhängigkeit vom Öl eine Maßnahme vorbeugender Friedenssicherung.

4. Lösung sozialer Probleme. Die Ökosteuer bringt soziale Härten mit sich. Diese überschreiten jedoch nicht das Maß des Zumutbaren (für einen Berufspendler, der 13 000 km mit einem Spritverbrauch von 8 Liter je 100 km ohne Fahrgemeinschaft fährt, ergeben sich gegenwärtig 145 DM Ökosteuer im Jahr; für eine Familie, die im Jahr 5 000 Liter Heizöl verbraucht, ergeben sich 200 DM im Jahr. Dabei sind die Entlastung bei den Rentenversicherungsbeiträgen nicht mitgerechnet). Schon aufgrund des verfassungsrechtlich garantierten Gleichheitssatzes müssen jedoch einseitige Belastungen ausgeglichen werden, z.B. durch kompensierende Entlastungen von Familien bei den direkten Steuern oder die bereits beschlossene Erhöhung der Entfernungspauschale von 70 auf 80 Pf/km für Berufspendler. Durch sparsames Verhalten, effiziente Technik und Fördermaßnahmen für Wärmedämmung in Gebäuden (wo gegenwärtig die größten Einsparpotentiale bestehen) können die Zusatzbelastungen der Ökosteuer mehr als ausgeglichen werden.

5. Internationale Weiterentwicklung. Ein Schwerpunkt in der Fortführung der ökologischen Steuerreform muss auf europäischer und globaler Ebene liegen, da sich viele Fragen aufgrund des Wettbewerbsdrucks nur international regeln lassen. Dabei sind auch Erweiterungen notwendig, z.B. die Einbeziehung der bisher freigestellten Treibstoffe für Flugzeuge und Schiffe. Internationale Lösungen werden jedoch nur dann zustande kommen, wenn viele Staaten zunächst ihre nationalen Handlungsspielräume für erste Schritte nutzen. Deutschland ist keineswegs Vorreiter, sondern kann sich an erfolgreichen Modellen, etwa in Dänemark, den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern orientieren.

In einer solchen Weiterentwicklung kann die Ökosteuer zusammen mit der Ölpreiserhöhung gerade in Deutschland zu einer großen Chance für umweltökonomische Innovationen werden: Die bereits bei Shell (Shell-Solar), DaimlerChrysler (Wasserstoffantriebe), VW (1-Liter-Auto), BP (neues Selbstverständnis des Namens als „beyond petroleum“) und anderen Unternehmen in Milliardenhöhe getätigten Investitionen zeigen, dass sich die Industrie längst auf den Wandel der Energieversorgung einstellt. Was für eine breite Markteinführung der Umweltechnik fehlt, sind verlässliche international abgestimmte Rahmenvorgaben auf der Grundlage langfristiger strategischer Zielsetzungen von Seiten der Politik. Die ökologische Steuerreform kann ein kleines, aber wichtiges Element auf diesem Weg sein. Es ist eine Frage christlicher Schöpfungsverantwortung, dazu beizutragen, dass sie entsprechend akzeptiert und transformiert wird.

Liebe schenken - Perspektiven eröffnen

Fristverlängerung beim Personenstandsgesetz wäre eine Hilfe

Berichte über die Aussetzung oder Tötung neugeborener Kinder erschüttern uns immer wieder. Etwa 50 Kinder werden jährlich in Deutschland ausgesetzt, die Hälfte davon überleben nicht. Meist haben die betroffenen Frauen ihr Kind heimlich ohne ärztliche Hilfe zur Welt gebracht und sehen keinen anderen Ausweg als die Aussetzung oder gar Tötung des Neugeborenen. Diese Mütter brauchen in ihrer verzweifelten Situation unsere Hilfe und Unterstützung.

Seit einiger Zeit haben engagierte Bürger sowie Einrichtungen und Organisationen anonyme Wiegen, Babyfenster oder Beratungsangebote wie das Projekt "Moses" eingerichtet. Jede Einrichtung, die hilft, Frauen in ihrer ausweglos erscheinenden Situation zu erreichen und Panikreaktionen zu vermeiden, muß unsere Zuneigung und Unterstützung finden. Für besonders wichtig halte ich es, dass den extrem belasteten Frauen bereits während der Schwangerschaft ein Hilfeangebot gemacht wird, das sie auffängt und praktikable Lösungswege für Mutter und Kind aufzeigt.

Anonymität und Vertraulichkeit

Der Sozialdienst katholischer Frauen in Amberg bietet seit nunmehr über einem Jahr die Möglichkeit einer anonymen Beratung und einer anonymen Inobhutnahme des Kindes an. Die Funktion als staatlich anerkannte Schwangerenberatungsstelle gibt die Gewähr für Anonymität und Vertraulichkeit. Auf diskrete Weise kann der Kontakt aufgenommen werden, ohne dass die Frau ihre Identität preisgeben muss. Damit kann der Frau bereits während der Schwangerschaft eine Perspektive eröffnet werden.

Nach der Geburt kann die Frau ihr Kind bei der Schwangerenberatungsstelle in sichere Obhut geben und auch dabei anonym bleiben. Dadurch wird eine Phase der Ruhe gewonnen, in der sich die Mutter besinnen kann, ob sie ihr Kind auf Dauer abgeben oder es wieder zu sich nehmen will.

Personenstandsgesetz ändern

Als problematisch hat sich erwiesen, dass nach der derzeitigen Gesetzeslage die Anonymität der Geburt nicht gewährt werden kann. Sowohl Arzt als auch

Barbara Stamm, Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit in Bayern, Mitglied des ZdK

Hebamme sowie jede andere Person, die Kenntnis von der Geburt hat, sind verpflichtet, die Geburt des Kindes innerhalb einer Woche dem Standesamt zu melden. Folge davon ist, dass Frauen in Konfliktsituationen häufig ihr Kind ohne medizinische Hilfe zur Welt bringen, um ihre Anonymität zu bewahren. Ich unterstütze daher Vorstöße, die eine Änderung des Personenstandsgesetzes vorsehen und die Situation der schwer belasteten Mütter verbessern sollen.

Nach meiner Überzeugung kann eine anonyme Entbindung für die betroffenen Frauen eine Alternative zur Abtreibung sein. So könnte ich mir vorstellen, dass die Personalien von Mutter und Kind dem Standesamt erst einige Wochen nach der Geburt bekannt gemacht werden. Durch die Verlängerung der Anzeigefrist hätten die Schwangerenberatungsstellen Zeit, mit der Mutter zusammen ein Lebenskonzept zu entwickeln. Heimliche Geburten, die Mutter und Kind gefährden, könnten dadurch verhindert werden. Zugleich wird aber auch dem verfassungsrechtlich verbürgten Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft Rechnung getragen.

Ein Auffangnetz knüpfen

Wir müssen jede Möglichkeit ergreifen, die dazu beiträgt, Frauen in Not zu erreichen und Panikreaktionen wie Aussetzung und Tötung zu vermeiden. Wir müssen ein Netz spannen, in dem Frauen in ihrer Verzweiflung und Not aufgefangen und Kinder gerettet werden.

Die zunehmende Berichterstattung in den Medien über die vielfältigen Initiativen zum Schutz von Mutter und Kind führt langsam zu einem positiven Bewusstseinswandel in der Gesellschaft. Ein neues Verständnis für die Schutzbedürftigkeit von Mutter und Kind wird geweckt. Unsere Aufgabe ist es, auch die Menschen im Umfeld der Schwangeren, ihren Partner, ihre Eltern, ihre Vertrauten, zu erreichen, damit diese sich ihrer Verantwortung bewusst werden.

Die christliche Nächstenliebe verpflichtet uns, Menschen in Not beizustehen. Besonders werdende Mütter und ungeborene Kinder brauchen unsere Liebe, unsere Hilfe und unseren Schutz. Deshalb wollen wir das Netz knüpfen, das Mutter und Kind sicher auffängt.

Barbara Stamm

Friedens-Hirtenwort der deutschen Bischöfe

Das Friedens-Hirtenwort der deutschen Bischöfe mit dem programmatischen Titel „Gerechter Friede“ hat nach Überzeugung des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, die Substanz, um einen wirklich weiterführenden Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Diskussion darüber zu liefern, welche friedenspolitischen Konsequenzen aus den Veränderungen des letzten Jahrzehnts zu ziehen sind. Zu den besonderen Stärken des Textes gehöre es, dass er die Leit- und Zielperspektive des gerechten Friedens in seinen einzelnen Kapiteln strikt anwende.

Meyer dankte den deutschen Bischöfen und allen, die am Zustandekommen dieses Wortes beteiligt waren.

In diesem Zusammenhang betonte er, dass es sich hier um ein Hirtenwort handle, welches die katholische Friedensethik unter den radikal veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 konsequent fortschreibe.

In dem ersten, ausführlichen Teil, so der ZdK-Präsident, werde in hervorragender Weise die heilsgerichtliche Dimension des biblischen Friedensverständnisses entfaltet. Die biblischen Geschichten verschlössen vor der gewaltdurchwirkten Realität des menschlichen Zusammenlebens nicht die Augen. Gerade der schonungslose Blick auf diese Realität helfe dabei, die biblische Botschaft von der Gewaltfreiheit in einer Welt voller Gewalt herauszukristallisieren.

Am zweiten Teil des Textes lobte Meyer, dass die Bischöfe nachdrücklich Partei ergreifen für eine konsequente Politik der Gewaltvorbeugung. Einer gerechten Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie der Pflicht zur gezielten Konfliktnachsorge kämen in diesem Konzept Schlüsselfunktionen zu.

Der Präsident des ZdK empfahl allen Katholiken in Deutschland die Lektüre des Hirtenwortes. In den anstehenden sicherheits-, friedens- und außenpolitischen Debatten könne es einen sehr hilfreichen Orientierungsrahmen geben. Frieden sei nie ein für allemal da, er müsse vielmehr immer neu erarbeitet werden. Die Zielperspektive eines gerechten Friedens müsse dabei das Handeln der Christen in Kirche, Gesellschaft und Politik leiten. Für die Herausforderung dieser Zielperspektive unter den neuen weltpolitischen Bedingungen habe das Hirtenwort einen unverzichtbaren Dienst geleistet.

(Das Hirtenwort „Gerechter Friede“ ist zu beziehen über das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
Tel: 0228/103205)



Mut zeigen und Mut machen Gemeinsame Ziele für den Ökumenischen Kirchentag 2003

Über konfessionelle Grenzen hinaus gemeinsam christliche Werte und Überzeugungen in der Welt zu vertreten und Schritte auf dem Weg zur Einheit der Christen zu gehen, das sind die Hauptanliegen des Ökumenischen Kirchentages, den der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) miteinander für das Jahr 2003 in Berlin planen. Dies geht aus einem Papier über „Grundlagen, Aufgaben und Ziele des Ökumenischen Kirchentages“ hervor, das die Präsidien der beiden Laienorganisationen vor der Konstituierung der Gremien für das gemeinsam verantwortete Ereignis verabschiedet haben.

Die gemeinsame Basis bilden dem Papier zufolge die Bibel und „der Glaube an den dreieinigen Gott, wie er in den altkirchlichen Bekenntnissen zum Ausdruck kommt“. Eingebunden in die bereits bestehende Vielfalt der ökumenischen Initiativen und Aktivitäten soll der Ökumenische Kirchentag „ein herausragender Ort des gemeinsamen Zeugnisses in unserem Land sein“ und dabei „verdeutlichen, dass über alle Konfessionsgrenzen hinweg die Gemeinsamkeit im Glauben stärker und bedeutender ist als das Trennende“.

Alle Christen, so stellen die Präsidien von ZdK und DEKT fest, hätten miteinander den „Auftrag, sich mit ihren grundlegenden Werten und Überzeugungen in die Gestaltung der Welt einzubringen“. Das bedeutet: „Sie tragen Mitverantwortung für Staat und Politik, für Wirtschaft und gerechte Sozialordnung, für Wissenschaft, Kultur und Medien, für Frieden und Entwicklung, für Gerechtigkeit, den Schutz der Menschenwürde und für Gottes ganze Schöpfung.“ Christliches Gottesbekenntnis komme zum Ausdruck „in der unbedingten Achtung der Würde aller Menschen und in der Mitsorge für ein gerechtes und friedliches Zusammenleben der Menschen“.

Die moderne Welt, deren Teil die Christen selbst seien, sehen die Verfasser des Papiers dadurch gekennzeichnet, dass „die Bezüge zur Tradition des Christentums teils vergessen, oft auch in bewusster Entscheidung unterbrochen wurden“. In dieser Situation wolle der Ökumenische Kirchentag sich „als Ort des Dialogs zwischen Christen verschiede-

ner Konfessionen, mit Angehörigen anderer Religionen und Menschen anderer Überzeugungen" verstehen. „In dem vereinten Bemühen um Frieden, Gerechtigkeit, eine nachhaltige Bewahrung der Schöpfung und einen wirksamen Schutz der Schwachen" komme den Christen die Rolle einer „gesellschaftlichen Kraft" zu, „die mit anderen zur Gestaltung der Welt beiträgt".



Schritte zur Einheit

Neben dem gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Zeugnis bietet der Ökumenische Kirchentag nach dem Willen seiner Initiatoren „die Chance, auf dem Weg zur Einheit aller Christen weiter zu gehen". Dazu sei zunächst erforderlich, dass „sich Christen aus ihren jeweiligen Traditionen in ihrer Besonderheit und Vielfalt begegnen und einander kennenlernen können". Indem „Unterschiede in Formen der Frömmigkeit und Liturgie, der konkreten Gestaltung des Alltags und des persönlichen Lebens" auf dem Ökumenischen Kirchentag zur Sprache gebracht und erlebbar werden, „können Fremdheit und Unwissen überwunden, neue Erfahrungen und Einsichten gewonnen und eine tiefere Erkenntnis der inneren Verbundenheit der Christen ermöglicht werden."

Als Voraussetzung für „neue Schritte auf dem Weg zur Einheit" wünschen die Verantwortlichen von DEKT und ZdK 2003 in Berlin zudem das offene theologische Gespräch, „in dem Gemeinsames benannt und Trennendes nicht verschwiegen wird". Zugleich solle sichtbar werden, „was bereits heute an gemeinsamen Gottesdiensten, liturgischen Feiern und geistlichen Erfahrungen möglich ist".

In Verbindung damit bekräftigen die Präsidien der evangelischen und der katholischen Laienbewegungen: „Darüber hinaus ist der Ökumenische Kirchentag mit der Hoffnung auf Fortschritte beim gemeinsamen Abendmahl untrennbar verbunden. Der Ökumenische Kirchentag soll exemplarisch und vorbildlich zu einem Ort werden, an dem neue Formen entwickelt, diskutiert und praktiziert werden können. Der Ökumenische Kirchentag soll gerade dadurch Mut zeigen und Mut machen."

(Der vollständige Wortlaut der Erklärung über „Grundlagen, Aufgaben und Ziele des Ökumenischen Kirchentages" ist unter www.oekumenischer-kirchentag.de nachzulesen oder kann im Generalsekretariat des ZdK angefordert werden.)



ZdK warnt vor Einengung Allgemeiner Erwachsenenbildung

In einem Aufruf des ZdK-Arbeitskreises für "Kulturpolitische Grundfragen" mit dem Titel "Wissen, Verstehen und Gestalten - zur gesellschaftlichen Relevanz Allgemeiner Erwachsenenbildung" hat das ZdK dazu aufgefordert, die öffentlich geförderte Weiterbildung nicht auf berufliche Fortbildung zu reduzieren.

Erwachsenenbildung, so das ZdK, trage dazu bei, dass Menschen sich in einer veränderten Gesellschaft zurechtfinden. Sie dürfe sich nicht auf das Funktionieren der Arbeitnehmer im Wirtschaftsprozess beschränken. Sie müsse die Fülle der kognitiven und emotionalen Begabungen ausbilden und zur kritischen gesellschaftlichen Partizipation befähigen. Eine ganzheitlich verstandene Weiterbildung müsse neben der Verbesserung berufsbezogener Qualifikation die identitätsstiftende Förderung persönlicher, kultureller und religiöser Kompetenz beinhalten. Allgemeine Weiterbildung im Erwachsenenalter trage auf diese Weise entscheidend dazu bei, Wissen in Verstehen zu überführen und damit Gestaltung von Leben und Welt zu ermöglichen.

Mit Sorge beobachtet das ZdK in der Bildungsdiskussion der jüngsten Vergangenheit die Tendenz, diese doppelte Sicht der Bildung im Erwachsenenalter zu verlassen und öffentlich geförderte Weiterbildung mehr und mehr nur als Instrument zur Weiterentwicklung beruflicher Kompetenz und - in einem verkürzten Verständnis - der politischen Bildung anzusehen.

Das ZdK distanziert sich daher von einem Bildungsbegriff, der sich allein auf die Funktionalität des Lernens konzentriert. Angesichts neuer Herausforderungen im Zusammenleben verschiedener Kulturen werde die Frage nach Werten und ihrer Begründung für jeden gestellt. Um sie beantworten zu können, wird nach Ansicht des ZdK die Notwendigkeit einer über Qualifikation und Wissen hinausgehenden Bildung im Erwachsenenalter besonders offensichtlich.

Deshalb kritisiert das ZdK die in verschiedenen Bundesländern wahrnehmbare Absicht, im Rahmen der Weiterbildungsgesetze Veranstaltungen zu lebensgestaltender, lebensbegleitender, kultureller und religiöser Bildung von der öffentlichen Förderung auszunehmen.

(Der Text des Aufrufs kann im Internet unter www.zdk.de heruntergeladen oder im Generalsekretariat des ZdK (0228/382970) angefordert werden)

